

Hauptseminar Dr. Wendt

SS 1970

Gewerkschaften Unternehmertum und Staat
in der BRD. Die Mitbestimmungsdiskussion

Thesenpapier zu den Septemberstreiks 1969

Kollektivarbeit von:

Jochen Blanken

Wolfgang Rentzel

Hermann Ziegenbein

Thomas Thielemann

ENTWICKLUNG DER ÖKONOMISCHEN SITUATION!

Bei der Einschätzung der Situation im September 1969 müssen wir unterscheiden zwischen den Auswirkungen

- a) der Konjunkturkrise von 1966/67 und der darauf folgenden Hochkonjunktur und
- b) der Strukturkrise im Bereich des Steinkohlebergbaus und der Stahlindustrie.

zu a)

Im Krisenjahr 1967 fanden Einkommenskürzungen von nominal 4 % statt. In real unter Berücksichtigung der Steigerung der Lebenshaltungskosten dagegen stiegen die Bruttoprofite der 100 größten Aktiengesellschaften um knapp 6 %. Im Jahr 1968 stiegen die Bruttoprofite der Unternehmen im Bundesdurchschnitt um 19,5 %, die Bruttolöhne und -Gehälter dagegen nur um 5,8 %. Im ersten Halbjahr 1969 betrug die Profitsteigerung nochmals brutto 7,4 % gegenüber dem Bruttoprofit des ersten Halbjahres 1968, das Nettoeinkommen pro Beschäftigten stieg dagegen nur um 8,2 %. Gleichzeitig stiegen aber die Lebenshaltungskosten kontinuierlich von 1965-1969 um jährlich ca. 3%; daneben stieg die Lohnsteuersumme vom ersten Halbjahr 1968 bis zum ersten Halbjahr 1969 um 24,4 %. Mehrmal des oben betrachteten Zeitraums von 1967 bis 1969 stieg daneben das Bruttoergebnis pro Arbeitsstunde um 25 % und erhöhte sich die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden um 15,5 %.

Allgemein heißt das:

- Überdurchschnittliche Steigerung der Unternehmerprofite,
- wesentlich geringere Steigerung der Bruttolöhne und -Gehälter nach einem effektiven Rückgang im Jahr 1967
- kontinuierliche Steigerung der Lebenshaltungskosten,
- sprunghafte Steigerung der Lohnsteuersumme,
- beträchtliche Steigerung der Arbeitsproduktivität,
- erhebliche Verlängerung der Arbeitszeiten durch Überstunden und Sonderleistungen.

b)

Als zweiter Faktor bei der Auslösung der Streiks sind die strukturellen Schwierigkeiten der Stahlkonzerne und des Bergbaus zu berücksichtigen. Im Stahlbereich fand eine staatliche geförderte Konzentrationsbewegung statt, welche einerseits verstärkte Rationalisierungsmaßnahmen, andererseits sinkende Beschäftigtenzahlen zu Folge hatte. Gleichzeitig wurden im Zuge der Krise die Belegschaften "gesundgeschrumpft" und verjüngt, 1966/67 wurden zugleich innerbetriebliche Sonderregelungen, finanziell sozial, stark abgebaut; bis zum September 1969 wurden diese noch nicht erreicht. Deshalb kam es ~~wieder~~ wiederholt vor dem September zu einzelnen Abteilungstreiks.

Ein weiterer wichtiger Faktor war die mangelnde und bewußt verschleppte Angleichung fusionierter Betriebe. (Hoesch fusioniert mit Dortmund-Union-Hütten-Union * 1966, Lohnangleichung bis September 1969 verzögert) Im Stahlbereich waren also auslösende ökonomische Faktoren:

- Erhöhung der Produktivität und der Arbeitszeiten,
- Abbau der innerbetrieblichen Sonderleistungen (Forderung nach Erhöhung des Hitzegeldes)
- Disparitäten in den Lohnhöhen verschiedener Betriebe (Parole: gleicher Lohn für gleiche Arbeit)

Im Bergbau ist die Situation ~~sehr~~ sehr ähnlich. Sowohl im Ruhrgebiet wie im Saarland ist der Trend zur Einheitsgesellschaft vollzogen. Einheitsgesellschaften bedeuten staatlich garantierte Profite für die Unternehmer,

beschleunigte Produktivitätssteigerung durch Erhöhte Rationalisierung, Brüchigkeit der Lohnquoten aufgrund eines Monopols auf dem Arbeitsmarkt. Infolge dieser Bewegung wurde der Bergmann von der Spitze der Lohnskala verdrängt. Im Saarland ist die Situation besonders krass, da die saarländischen Stahl- und Bergbaumagnaten auf dem Arbeitsmarkt eine Monopolstellung innehaben; sie verhinderten erfolgreich die Ansiedlung neuer Wachstumsstraker Industrien und investierten ihre Profite in anderen Regionen der BRD. So stieg die Produktion pro Beschäftigtenstunde um 35,5 %, die Produktion selbst um 15 %, dagegen sank die Beschäftigtenzahl um 12,8 % im Zeitraum von 1962-1968.

Das Bruttoinlandsprodukt des Saarlandes liegt 20 % unter dem Bundesdurchschnitt, und die Arbeitslosenquote ist permanent dort fast doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt.

ENTWICKLUNG DER TARIFBEWEGUNG

In der Metallindustrie wurde am 2.8.69 ein Tarifvertrag zwischen der IGM und dem Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeber abgeschlossen, der hauptsächlich vorsah:

- Erhöhung der Tariflöhne und Gehälter um 8 % ab 1.9.69
- Nichtanrechnung der arbeitsfreien Samstage auf den Urlaub (in Etappen bis 1972)

Der Tarifvertrag wurde von den Arbeitgebern allgemein günstig aufgenommen, da er eine jährliche Lohnerhöhung von nur 5,75 % bedeutete.

In der Stahlindustrie lagen die Dinge für die Arbeiter wesentlich ungünstiger:

Seit dem Tarifvertrag vom 1.2.1965 fand keine Lohnerhöhung bis zum 1.6.1968 mehr statt. Der darauf folgende Tarifvertrag, gültig vom 1.6.1968 bis zum 30.11.69 sah eine zweistufige Lohnerhöhung von insgesamt 6 % vor. Damit betrug die Differenz in den Ecklöhnen der Metall- und Stahlarbeiter im September 1969 43 Pf oder 10,8 %. Die daraus entstehende Unruhe unter den Arbeitern machte sich in zahlreichen Kurz- und Abteilungstreiks bemerkbar.

Im Steinkohlebergbau wurden die Löhne und Gehälter im Zeitraum vom 1.6.1966 bis zum 31.12.1969 (3 Jahre und 7 Monate) um durchschnittlich 3 % pro Jahr tarifvertraglich angehoben.

In der Folge der Septemberstreiks kommt es zu einer Reihe neuer Tarifvertragsabschlüsse.

Bemerkenswert ist dabei, daß gerade in bestreikten Betrieben in der Regel die alten Tarifverträge nicht gekündigt wurden. Die IGBE kündigte keinen Tarifvertrag, sondern schloß Zusatzabkommen zu den laufenden Tarifverträgen. Ähnlich die IGM. Die Lohnerhöhungen in diesem Bereich waren Abkommen im Vorgriff auf künftige Tarifverhandlungen, wobei die IGM im Unterschied zur IGBE unmittelbar nach Beendigung der Streiks in Tarifverhandlungen trat. Dieser Verzicht auf vorzeitige Kündigung hieß Fortbestehen der Friedenspflicht für die Tarifvertragsparteien und für die Gewerkschaften die (selbst herbeigeführte) Verpflichtung, den Streik abzuwürgen.

Nach Beendigung des Streiks gibt es einige Kündigungen von Tarifverträgen (u.a. von der IGM im Tarifbezirk Lippe). Andere Gewerkschaften ziehen nach, wobei die Lohnerhöhungen kampflös durchgesetzt werden.

Diese neuen Tarifabschlüsse erbrachten eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 8 %, zuzüglich der regional und branchenspezifisch verschiedenen Sonderregelungen betreffend Urlaubsvereinbarungen und Sozialleistungen.

Sowohl die IGBE wie die IGM hätten die Septemberstreiks voraussehen können, da sie durch zahlreiche kurzzeitige Abteilungsstreiks, Proteste und Resolutionen mehrerer Funktionärsversammlungen genügend über die Stimmung und die Forderungen der Arbeiter unterrichtet waren. Durch eine vorzeitige Kündigung und Neuregelung der Tarifabkommen (Laufzeit zwischen 12 und 25 Monaten) hätten sie die Bewegung noch besser adfangen können als sie es während der Streiks mit Hilfe der DKP ohnehin schon taten.

ÜBERSICHT ÜBER DIE STREIKS.

Die Streiks hatten regional und branchenmäßig bestimmte Schwerpunkte. Ihr Ausgangspunkt war die nordrhein-westfälische Stahlindustrie (Hoesch) Ihr schlossen sich spontan an:

- die saarländische Stahlindustrie (4.-8.9.)
- die norddeutsche Stahlindustrie (Klöckner) (5.-13.9.)
- ferner der Steinkohlebergbau an Ruhr und Saar (5.-11.9.)
- mit den angeschlossenen Kraftwerken (9.-16.9.)

Zeitlich etwas verschoben griffen dann die Streiks auf die metallverarbeitende Industrie über:

- Ruhrgebiet (5.-10.9.)
- Norddeutschland (Kiel, Lübeck) (9.-19.9.)
- Baden-Württemberg und Bayern (5.-15.9.)

Noch später zeigten sich starke Auswirkungen auf die Belegschaften der Stadtwerke; hier wurde in 14 Städten gestriekt (18.-19.9.)

Die Zeitangaben heißen nicht, daß in jedem Fall voll durchgestriekt wurde, innerhalb der angegebenen Zeiträume fanden überhaupt Streiks (statt)

Insgesamt wurden 69 Betriebe bestreikt mit einer Gesamtzahl von mindestens 40.000 Streikenden und 532 500 Streikausfalltagen.

AUSLÖSENDE FAKTOREN

Die Streiks wurden durch folgende Momente in der Hauptsache ausgelöst:

- Disparität zwischen der Profit- und Lohnentwicklung; zu lange Laufzeit der Tarifverträge (Im Saarbergbau 25 Monate), sie wurden in der Rezession abgeschlossen, ~~mit~~ ohne der Periode der Hochkonjunktur angepaßt zu werden.
- Abbau der übertariflichen Sonderleistungen während der Krise 1966/67, Steigerung der Arbeitsintensität und der Arbeitszeiten
- Übergroße Hitze während der Sommermonate (wichtig für die Stahlindustrie)
- erhebliche Lohndifferenzen:
 - a) branchenmäßig, innerhalb des Hoesch-Konzerns bis zu 50 Pf ähnlich zwischen Howaldt und Deutsche Werft
 - b) regional, zwischen Saar- und Ruhrgebiet Hamburg und Lübeck-Kiel
- Unzufriedenheit mit der Verhandlungsführung der Gewerkschaften bei Tarifverträgen; Überzeugung, die Sache selbst in die Hand nehmen zu müssen.

Demnach waren die Ursachen der Streiks ökonomische; von daher war auch der Charakter der Streiks bestimmt, bei dem politische Forderungen keine oder nur sehr geringe Bedeutung hatten.

Wichtig ist die Unterscheidung zwischen Auslöse- und Folgestreiks. Einige Betriebe lösten die Streiks in anderen Betrieben offensichtlich erst aus. Diese Leitbetriebe entwickelten sogenannte Leitforderungen, welche von den anderen Betrieben schematisch übernommen wurden. Vor allem gehört dazu Hoesch, Dortmund, dem sich die ganze nordrhein-westfälische Stahlindustrie anschloß, welcher später wieder die metallverarbeitende Industrie folgte; dasselbe gilt für den Saarbergbau, dem der Ruhrbergbau erst folgte, worauf sich noch etliche Kraftwerke im Ruhrgebiet dem Streik anschlossen ebenso die Klöckner Hütte in Bremen, deren Streik sich die beiden Werke in Osnabrück und Umgebung anschlossen.

ZUM CHARAKTER DER STREIKS.

Trotz erheblicher regionaler Unterschiede, was die Länge und die Art ihrer Durchführung betrifft, lassen sich einige Grundmerkmale der Streiks herausstellen:

1. Die Streiks waren spontane Arbeitsniederlegungen
 - Es ging ihnen keine Urabstimmung voraus (In den Neunkirchener Eisenwerken, Saar, fand eine Unterschriftensammlung wegen 50 Pf Lohnerhöhung statt)
 - Sie wurden gegen den Willen der Gewerkschaften geführt und nicht von diesen unterstützt (keine Streikgelder, keine Organisation von Solidaritätsstreiks oder -Kundgebungen)
 - Deshalb war die ständige Kommunikation der Arbeiter an einem Ort notwendig (für die Bergarbeiter waren die fehlenden Kommunikationsmöglichkeiten ein großes Hindernis)
2. Die Ziele der Streiks waren ökonomische:
 - Die Parolen forderten absolute direkte Lohnerhöhungen und bessere Sozialleistungen
 - politische Forderungen (Erweiterung der Mitbestimmung, Arbeiterkontrolle, Entzignung...) tauchten nicht auf; Wahlaufrufe und "Einmischungen der Studenten" wurden als Störungen von politischer Seite empört abgelehnt
 - die einzig politischen Forderungen waren die, auf die spontanen Arbeitsniederlegungen nicht mit erhöhter Repression und Entlassungen zu reagieren

Die Aktionsformen der Belegschaften zeugen von einmütiger Kampfbereitschaft und Entschlossenheit:

- es gab keine offenen Streikbrecher, Streikposten waren überflüssig
- die Streiks nahmen die Form von Betriebsbesetzungen an
- jede neue Situation wurde ausführlich diskutiert, sehr oft wurde von der Gesamtbelegschaft abgestimmt
- mehrmals fanden Demonstrationen zu anderen Betrieben oder in die naheliegenden Städte statt
- die Streiks wurden meistens (nicht überall) einheitlich geschlossen beendet (nach Abstimmungen der Belegschaften, mindestens aber der Betriebsräte oder sonstiger Streikkader)

Die Situation der Arbeiter wird von ihnen richtig eingeschätzt, es werden aber keine Mittel zu ihrer Veränderung wahrgenommen:

- die Forderungen zeugen von der Einsicht, daß die Arbeiter in der Hochkonjunktur ~~betrogen~~ um den "gerechten Lohnanteil" betrogen wurden. Der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital erscheint aber nicht antagonistisch
- die Unternehmer werden oft sehr scharf angegriffen; daraus entwickeln sich aber keine politischen Forderungen nach Enteignung oder Kontrolle
- die Gewerkschaften werden als Instrumente der herrschenden Klasse gegen die Arbeiter richtig eingeschätzt, oft bleibt die Kritik aber auch auf die Korruption der Funktionäre beschränkt. Keine Vorschläge zum Vorgehen gegen die derzeitige Form der Gewerkschaften werden verwirklicht. (Austritte, organisierte Mitarbeit, Kontrolle der Funktionäre)

Die Streiks geben keine eindeutige Auskunft über die Stärke und die Geschlossenheit des Arbeiterbewußtseins:

- die Arbeiter stoßen nirgends auf ernsthaften Widerstand, da die Unternehmer Lohnerhöhungen infolge der Konjunkturlage ohne weiteres in Kauf nehmen konnten. Die Streiks nehmen ~~dadurch~~ meist keinen Klassenkampfcharakter an.

Hinhalte- und Verzögerungstaktik von seiten der Unternehmer und der Gewerkschaften machten die Arbeiter, besonders bei dem Verweis auf Verhandlungen, oft unsicher und schwankend, besonders wenn sie nicht von erfahrenen Führungsgruppen (Betriebsräte, Vertrauensleute, DKP-Gruppen) angeleitet wurden.

auf der anderen Seite wurden aber alle Versuche, streikende Arbeiter zu maßregeln und zu entlassen, durch die Wiederaufnahme der Streiks erfolgreich vereitelt.

DIE BEDEUTUNG DER ORGANE DES BETRIEBSVERFASSUNGS UND MITBESTIMMUNGSGESETZES.

Die gesetzlichen Organe, die die Arbeiter rechtlich vertreten sollen, befanden sich während der Streiks in einer argen Zwangssituation: Einerseits sind sie gesetzlich verpflichtet, die Friedenspflicht einzuhalten und das Wohl des Betriebes im Auge zu haben, andererseits sollen sie die Interessen ihrer Belegschaft vertreten.

Überall stellte sich als schwerer Mangel für die streikenden Arbeiter heraus, daß die Betriebsräte nicht offen für den Streik agitieren und ihn anleiten konnten. In vielen Fällen versuchten sie zu laviieren, indem sie einerseits zur Wiederaufnahme der Arbeit aufriefen, andererseits aber durchblicken ließen, daß sie auf Seiten der Streikenden stünden. Aber dieses Verhalten wurde von den Arbeitern manchmal nicht verstanden oder falsch interpretiert und führte zu Differenzen zwischen den Belegschaften und den jeweiligen Vertretungen. In manchen Fällen ist aber auch festzustellen, daß Unternehmer und Gewerkschaften Betriebsräte dadurch eingeschüchtert haben, daß sie sie auf die Folgen der Nichteinhaltung der Friedenspflicht hinwiesen. Schwankende und unsichere Betriebsräte wurden so in eine streikfeindliche Position gedrängt.

Ein zweiter wesentlicher Mangel liegt darin, daß die Tarifautonomie in den Händen der zuständigen Gewerkschaftsorgane liegt. In Fällen, in denen sich die Gewerkschaften und die Unternehmer in der Ablehnung eines progressiven Betriebsrates einig waren, wurde dieser aus allen Verhandlungen vollkommen ausgeschaltet, da ihm noch nicht einmal ein Informationsrecht zusteht. (Beispiel Klöckner, Bremen)

Die Betriebsräte- und das gilt auch für andere Vertretungsorgane der Arbeiter - können die Arbeiterinteressen hauptsächlich wegen der Friedenspflicht und der fehlenden Verhandlungskompetenz nicht wirksam vertreten. Daß die Betriebsräte dennoch in vielen Fällen entscheidenden Einfluß auf die Streiks ausübten, läßt sich nicht so sehr aus ihrer rechtlichen Stellung erklären, wie daraus, daß die Belegschaften schon vorher die als Vertreter gewählt hatten, die ihr Vertrauen basierten und ihre Interessen am entschiedensten vertraten. Die Betriebsräte waren oft die aktivsten Kader des Betriebes, weil in ihnen erfahrene und geschulte Funktionäre der Gewerkschaften und der ~~DKP~~ DKP zusammengefaßt sind. Es wäre aber falsch anzunehmen, die Betriebsräte hätten überall eine einheitliche Politik verfolgt. An der Frage der Unterstützung der Streiks kam es oft zu schweren Auseinandersetzungen, wobei in den Betriebsräten ~~wie~~ meistens die offizielle Gewerkschaftslinie die Oberhand gewann, weil die streikfreundlichen Fraktionen meist auf die offene Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften verzichteten und nicht ohne oder gegen sie vorgehen wollten, ~~z~~ (gemäß der offiziellen Linie der DKP)

In der Studie des IMSF werden drei verschiedene Verhaltenstypen der Betriebsräte aufgeführt:

- a) Der Betriebsrat als geschlossenes Gremium oder die Mehrheit des Betriebsrates ist im Streik das faktische Führungsorgan der Belegschaft. Er stellt die Forderungen gegenüber der Unternehmensleitung auf, und führt die Verhandlungen. Er bedient sich der gewerkschaftlichen oder eigener Vertrauensleute als Vermittlungsglied zur Belegschaft. Diese organisieren Streikposten usw. Er legt Angebote und Forderungen der Belegschaft direkt zur Abstimmung vor, ebenso die Entscheidung über Streikfortsetzung oder Abbruch.
- b) Der Betriebsrat als geschlossenes Gremium oder die Mehrheitsaktion des Betriebsrates ist das Verhandlungs- und Vermittlungsorgan der streikenden Belegschaft. Er steht unter dem Druck eines informell gebildeten Streikzentrums, das die Stimmung der Belegschaft artikuliert. Zum Konflikt kommt es dann meist, wenn die ersten Verhandlungsergebnisse vorliegen, aber von der Belegschaft abgelehnt werden.
- c) Der Betriebsrat als Gremium bzw. dessen Mehrheit wendet sich gegen den Streik. Er unternimmt Anstrengungen zur schnellen Beilegung der Arbeit.

niederlegung und führt unter diesen Gesichtspunkten die Verhandlungen mit der Unternehmensleitung. In diesem Fall bricht der Streik zusammen, wenn es der streikenden Belegschaft nicht gelingt, eine stabile informelle (Minderheitsgruppe des Betriebsrates, Vertrauensleute oder andere) oder formelle Streikleitung zu schaffen.

Typ 2 = b) überwiegt in der Stahlindustrie, Typ 1 = a) tritt nur in Einzelfällen, allerdings in Leitbetrieben, hervor, ~~Typ 3 = c)~~ Für den Bergbau ist Typ 3 = c) charakteristisch, für die metallverarbeitende Industrie ist es schwierig eine Einordnung vorzunehmen. "

Die optimale Struktur einer Kampfführung ist nach dieser Studie nirgends zustande gekommen, nämlich die Bildung einer Streikleitung zur Festigung der Streikfront und ein Betriebsrat, der formell und informell mit der Streikleitung kooperiert und gegenüber der Unternehmensleitung die Forderungen vertritt. ++
Hieraus ist ersichtlich, daß in jedem Fall eine zentrale erfahrene Streikleitung von entscheidender Bedeutung für den Streikverlauf ist.

Was die Aufsichtsratsvertreter der Belegschaften angeht, so sind sie während des Streiks nirgends in Erscheinung getreten; sie sind allerdings mit den Betriebsräten sehr häufig personell identisch. Der Arbeitsdirektor stand in jedem Fall, in dem er hervortrat, auf der Kapitalseite. In Konfliktfällen wurde er jedesmal von der Direktion vorgeschickt, um mit den Arbeitern zu reden, sie zu beschwichtigen, zu Ruhe und Ordnung aufzurufen und die Drohungen und Versprechungen der Unternehmer zu übermitteln. Die Arbeiter schätzten die Rolle des Arbeitsdirektors auch stets so ein und quittierten das Verhalten "ihres Arbeitsdirektors" regelmäßig mit Buhrufen oder Pfiffen, daß sie ihn gar nicht erst reden ließen oder ihm das Wort abschnitten.

++ Ob dies allerdings die optimale Struktur der Kampfführung ist, muß bezweifelt werden. Ein einziges Streikorgan, das die Arbeitgeber zu Verhandlungen zwingen kann, wäre erst der Ausdruck der besonderen Stärke der Bewegung. Die Trennung zwischen Streikführung und Verhandlungsführung ist gefährlich, da die Verhandlungsorgane (Betriebsrat) nicht ohne weiteres kontrolliert werden können. (Bei Klöckner besteht z.B. die Tarifkommission aus dem Vertrauensleutkörper, während die Verhandlungskommission von nicht direkt aus der Hütte kommenden IGM-Funktionären gebildet wird. Die Verhandlungskommission trat von vornherein mit geringeren Forderungen in die Verhandlungen ein, als von der Tarifkommission (den Vertrauensleuten) gefordert worden waren.)

DIE HALTUNG DER GEWERKSCHAFTEN.

Die Haltung der Gewerkschaften ist schwer zu beschreiben, da die Unterschiede auf den verschiedenen Ebenen groß sind. Zunächst ist ein Unterschied zwischen der IGM und der IGBE zu bemerken, daß nämlich die IGBE die Streiks auf allen Ebenen entschieden ablehnt und verurteilt als die IGM. Die Zentrale der IGBE scheint auch wesentlich stärkeren Einfluß auf die Orts- und Bezirksleitungen ausüben zu können, da sich die Ortsleitungen, Gewerkschaftsfunktionäre, Betriebsräte im Gegensatz zum Bereich der IGM sehr selten hinter die Arbeiter gegen die zentralen Gewerkschaftsorgane stellen.

IGM Für die IGM ist festzustellen, daß die Ablehnung und entschiedene Verurteilung der Streiks zunimmt, je größer die Entfernung des Stellungnehmers von dem Zentrum der Streiks ist.

Die Abwiegelmöglichkeiten des Gewerkschaftsvorstandes und der Bezirksleitungen entsprechen denen der Unternehmer und der bürgerlichen Presse: Sie reichen von ~~den relativ leichten~~ Hinweisen auf Tarifverhandlungen und zu erwartende Lohnausfälle über Kommunistenhetze, Nichtbeachtung der gewählten Streikleitungen, bewußte Fehlinformationen über den Verlust des Kernkernversicherungsschutzes und über die Gebundenheit der Vertrauensleute an die Friedenspflicht bis zu direkten öffentlichen Verleumdungen der streikenden Arbeiter (bei Klöckner) ++

Die Haltung der Funktionäre der IGM auf unterer Ebene ist sehr unterschiedlich. Der Vertrauensleutkörper zeigt sich teilweise sehr aktiv (Hoesch teilweise lehnt er die Streiks strikt ab, ruft zur Wiederaufnahme der Arbeit auf oder verhält sich total passiv. Die Schachtausschüsse der IGBE waren durchweg inaktiv, vor allem wohl deshalb, weil die IGBE ihre Funktionen und Aufgaben systematisch eingeschränkt hatte, als dort der Einfluß der "Kommunisten" größer wurde.

Auf Ortsebene haben die Gewerkschaftsfunktionäre die Streikenden in Einzelfällen offen unterstützt; ein Grund dafür dürfte sein, daß die Betriebsräte mit den örtlichen Ortsverbänden engen Kontakt hatten oder sich sogar persönlich überschritten, ansonsten blieb die Unterstützung verbal.

Allgemein läßt sich sagen, daß der Mobilisationsgrad der Arbeiter zwar sehr hoch war, daß sich auch Unorganisierte an den Streikleitungen und Diskussionen beteiligten, daß aber dort, wo geschulte und erfahrene Gewerkschaftsfunktionäre die Streiks aktiv unterstützten, diese für die Arbeiter sehr viel erfolgreicher verliefen als dort, wo die Gewerkschaftsfunktionäre abseits standen, und die Arbeiter sich ohne jede Anleitung spontan organisieren mußten.

Die arbeiterfeindliche Haltung der Gewerkschaften wurde von den Arbeitern klar durchschaut. Fast in allen Betrieben, wo Gewerkschaftsfunktionäre abwieglerisch auftraten wurden diese ausgepfiffen oder sogar verjagt. Bei allen Diskussionen in Streikversammlungen stand neben den Lohnfragen der Verrat der Gewerkschaften ~~am~~ im Zentrum der Auseinandersetzungen.

In mehreren Fällen kam es bei Demonstrationen zu Versuchen, die Gewerkschaftshäuser zu stürmen; einzelne Arbeiter verbrannten ihre Mitgliedsbücher. Der Unmut der Arbeiter blieb allerdings auf dieser Stufe stehen, da sie keine Möglichkeiten finden konnten, die Gewerkschaften zu verändern oder zu kontrollieren. Daß die Einschätzung der Gewerkschaften durch die Arbeiter nicht zu Massenaustritten führte, ist vor allem der DKP ~~zum~~ zugute zu halten, die von der Kritik an den Gewerkschaften und deren Funktionären auf die Kritik an den Unternehmern hinlenkte.

(In mehreren Fällen haben sich SPD- und Gewerkschaftsfunktionäre bei den "Kommunisten" öffentlich dafür bedankt, vermerkt stolz die DKP-Studie)

++ Ein besonderer Abwiegelmöglichkeit bestand darin, die Lohnforderungen der Arbeiter zu übernehmen, den Streikabbruch herbeizuführen, weil man ihre Forderungen in die bevorstehenden Tarifverhandlungen einbringen werde, um nach dem Streik mit wesentlich reduzierten Forderungen tatsächlich in die Tarifverhandlungen zu gehen.

DIE HALTUNG DER DKP.

Die DKP hat ohne Zweifel großen Einfluß auf die Streiks ausgeübt. Deshalb kann man ihr aber keinesfalls unterstellen, sie habe die Streiks angeheizt oder zentral organisiert. Da das genaue Gegenteil der Fall ist, läßt sich die ehrliche Empörung der "Kommunisten" über diesen Vorwurf gut verstehen.

Dennoch ist aber ein zentraler Einfluß der DKP spürbar; er liegt allerdings darin begründet, daß alle ihre Mitglieder und Funktionäre auf einer festen Linie liegen, die sie mit wenigen Ausnahmen überall, unabhängig von Ort, Branche und Stellung, durchzusetzen versuchten.

Die DKP hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens systematisch Betriebskader aufgebaut, oder wieder ins Leben gerufen. Dies waren die einzigen Kräfte, die die Arbeiter überall - soweit dies der Parteilinie entsprach - unterstützten und über zahlreiche Betriebszeitungen korrekt informiert haben. Den Betriebszeitungen der DKP kommt deshalb besondere Funktion zu, weil sie nicht so sehr politische wie ökonomische Informationen enthielten, Informationen über Auftragsbestand, Bilanzen, Gewinne und Unfallziffern der jeweiligen Betriebe, über Lohnvergleich, Vergleiche der Sozialleistungen, Streiks... zwischen verschiedenen Betrieben.

Überall, wo ~~DKP~~ DKP-Gruppen existierten, traten ~~ihre Mitglieder~~ auch während der Streiks praktisch, agitatorisch wie organisatorisch in Erscheinung. (Ganz im Gegensatz zu SPD-Gruppen, die weder Zeitungen herausgeben, noch irgendwo aktiv geworden sind)

Der DKP müssen allerdings zwei Vorwürfe gemacht werden:

1. Die DKP betreibt Nachtrabpolitik.

Auch die DKP war über die Stimmungen der Arbeiter informiert, war aber gleichwohl über den Streikausbruch überrascht und hatte sich nicht darum bemüht, ihn systematisch vorzubereiten und herbeizuführen. Als die Arbeiter spontan handelten, ~~unterstützten die DKP-Gruppen~~ lediglich die Streiks.

Niemals machten aber DKP-Gruppen den Versuch, die Bewußtseinsstrukturen der Arbeiter zu verändern, sie verstärkten sie dagegen in jedem Punkt:

a) durch die Ablehnung jeder "politischen Einmischung".

Die "Kommunisten" traten überall als Arbeiter auf - das heben sie in ihren Stellungnahmen stets positiv hervor - sie lehnen es ab, politische Forderungen, Wahlagitation, Agitation für die DKP und ihre Politik einzubringen. Ihr politisches "A u. O." besteht darin, zu betonen, daß es den Unternehmern und Bonzen gut ginge, während die Arbeiter zuwenig Lohn bekämen; diese fundamentale Tatsache ist aber den Arbeitern längst bewußt.

b) keine entschiedene Führung der Streiks:

Die DKP-Gruppen rufen nirgends zum entschlossenen Fortführen der Streiks auf bis zu ihrem erfolgreichen Ende. Sobald die Streikfront nur ein bißchen bröckelt, sei es wegen der Versprechungen der Unternehmer, sei es wegen der Langwierigkeit der Verhandlungen oder wegen beginnender Resignation, unternimmt es die DKP nicht, die Geschlossenheit und Kampfbereitschaft zu stärken, ~~sondern empfiehlt~~ sondern empfiehlt panikartig den Abbruch der Streiks, da die Einheit der Belegschaft gefährdet sei. Die DKP-Gruppen reißen die wankenden Arbeiter also nicht mit sich fort, sondern fallen den entschlossenen Arbeitern in den Rücken. Deswegen zogen sich auch mehrere DKP-Gruppen den Unmut großer Teile der Belegschaften zu.

2. Fehleinschätzung der Gewerkschaften. Unterordnung der Parteilinie unter die Gewerkschaftslinie.

Jede Kritik an den Gewerkschaften oder deren Funktionäre bedeute, so meint die DKP, eine Schwächung der Bewegung und eine Spaltung der Arbeiterklasse. Die Schwächung der Arbeiterklasse liegt aber gerade in der

in der Unterordnung unter Gewerkschaften, die zu Agenturen des Kapitals verkommen sind; eine Kritik an ihnen kann demnach die Arbeiterklasse stärken, da sie die Agenten der herrschenden Klasse entlarvt. Dadurch aber, daß die DKP nicht erkennt, daß die Politik der Gewerkschaft unvereinbar mit der Politik der kommunistischen Partei sein muß, da diese ein Machtinstrument der Bourgeoisie gegenüber dem Proletariat geworden sind, und dadurch, daß die DKP nicht die Führung der Gewerkschaften der Partei, sondern die Unterordnung der Partei unter die Gewerkschaften in Fragen des Betriebskampfes propagieren und praktizieren, degeneriert auch die DKP zu einem Instrument der Herrschenden. (die Erkenntnis ist nicht neu, da der Revisionismus noch nie etwas anderes war)

Die nächste Aufgabe ist die Zurückgewinnung des Instruments Gewerkschaft für die Arbeiterklasse, und das bedeutet prinzipielle, offenen, massen Kritik der Gewerkschaftslinie auf allen Ebenen; Gerade diese Aufgabe die DKP versäumt zugunsten einer prinzipienlosen Mausehelei mit den den Kapitals auf allen Ebenen. Die falsche Einschätzung der heutigen Gewerkschaften muß allerdings zu einer falschen Politik führen. (Vergl: die Stellungnahme des DKP-Präsidiums zu den Streikämpfen vom 11.9.69, wo es u.a. heißt:

"Das Präsidium der DKP wendet sich gegen den Versuch von Seiten der Herrschenden, die Gewerkschaften in eine Rolle als 'Ordnungsfaktor' oder Instrument der Disziplinierung der kämpfenden Arbeiter hinein drängen. Das würde verhängnisvolle Folgen für die Gewerkschaften haben.")

POLITISCHE SITUATION UND DIE HALTUNG DER PARTEIEN.

Die Septemberstreiks fielen in die Zeit des Wahlkampfes zum Bundestag, daraus ergeben sich mehrere Konsequenzen:

1. Der Wahlkampf wurde schwerpunktmäßig mit der Diskussion um die Aufhebung bestritten, in seinem Verlauf wurde ständig betont, die BRD basiere sich in der Phase der Hochkonjunktur, die Auftragslage, die Kapazitätsauslastung seien optimal...

Daraus läßt sich schließen, daß der Streik der Arbeiter dadurch mitmotiviert wurde, daß sie auch in den Genuß der guten Wirtschaftslage kommen wollten, zumal sie die Hochkonjunktur über Preissteigerungen sehr wohl sinnlich erfahren, und die Erinnerungen an die Rezession von 1960 noch frisch waren.

2. Die bevorstehenden Bundestagswahlen galten für die Arbeiter als guter Termin, um erfolgreich auf die Parteien Druck ausüben zu können, da die Fraktionen vor der Wahl nicht offen eine Politik vertreten könnten, die gegen die Interessen und Forderungen der Bevölkerung gerichtet sei.

3. Die Parteien des Bundestags nahmen aufgrund der bevorstehenden Wahl nirgends klar und einheitlich zu den Streiks Stellung. Die Äußerungen der Parteisprecher wurden zunehmend freundlicher, je näher sie zu den Regionen standen, in denen gestreikt wurde. Alle Bundestagskandidaten einschließlich der CDU, in deren Wahlkreisen gestreikt wurde, solidarisierten sich mit den Forderungen der Arbeiter und erklärten sie für durchaus berechtigt. Da sie sich für die Durchsetzung der Forderungen einsetzen wollten, forderten sie zur Wiederaufnahme der Arbeit auf.

Auf Vorstandsebene waren sich jedoch alle drei Parteien darüber einig, daß "wilde Streiks" kein legales Mittel zur Durchsetzung von Lohnforderungen seien, und abzulehnen seien, da sie die Tarifautonomie und die Möglichkeit von Tarifverträgen auf die Dauer unterhöhlten.

Der nahe Wahltermin war sicher auch ein Grund dafür, daß sich nirgends Staatsorgane (Polizei, Schlichtungsstellen...) in die Streiks einschalteten, da die "Ruhe und Ordnung" durch massive Konfrontationen erheblich

AUSGEWÄHLTE LITERATUR ZU DEN STREIKS IM SEPTEMBER 1969

1. Die Septemberstreiks 1969
Darstellung, Analyse, Dokumente der Streiks in der Stahlindustrie,
Im Bergbau, in den metallverarbeitenden Industrien und anderer
Wirtschaftsbereichen.
Herg.: Autorenkollektiv des Instituts für marxistische Studien
und Forschungen,
Frankfurt, November 1969
2. Friedemann Schuster: Die Septemberstreiks.
Auf den Arbeiter kommt es an!
Marxistische Taschenbücher
Frankfurt 1969
3. Heinz Seeger ,Heinz Schäfer: Marxismus leichtgemacht
Anhang: Lehren ~~xxx~~ der Septemberstreiks
Nachrichten-Verlags-GmbH
Frankfurt 1969, S.18 ff
4. Herbert Neumann: Zu den spontanen Streiks in September
in: Sozialistische-Korrespondenz-Info, Nr.45, S.12ff
5. Basisgruppe Bochum : Streik in Westdeutschland
Ruhrkampagne Berlin in: Rote Presse Korrespondenz Nr. 30
12.9.69, S.1 ff
6. Fritz Framer : Eine Interpretation der wilden Streiks
in: Rotes Forum, Heidelberg Nr. 5/ 1969, S. 15 ff
7. Wolfgang ~~Lefèvre~~
Lefèvre: Einige Konsequenzen aus der Streikbewegung im
September 1969 für unsere Arbeit
in: Neue Kritik, Nr. 54, 1969, S.41 ff
8. Eckart Hildebrandt: Zur Analyse der Septemberstreiks 1969
in: Sozialistische Politik, Nr.5
Berlin März 1970, S.71 ff
9. SDS-Info Nr. 21 zu den Septemberstreiks
Frankfurt, September 1969
(enthält mehrere Aufsätze, u.a. 5.u.7.)
10. Johanna Groß : Die Septemberstreiks in Westdeutschland und ihre
Joachim Nitsche ökonomischen Hintergründe
in: DWI-Berichte Nr. 1/ 1970
11. Die Auseinandersetzungen ~~xxx~~ in der Klöckner-Hütte Bremen, Teil II
Herg.:Gruppe Arbeiterpolitik, Bremen